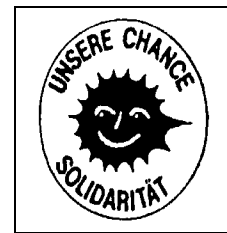


Gewerkschafter/innen

gegen Atomenergie und Krieg



KONTAKT: Stiftgasse 8, A-1070 Wien

E-mail: ggae@gmx.at

www.atomgegner.at

Nr. 2, Juli 2010

Raus aus EURATOM und IAEA!

Vor mehr als 30 Jahren haben die Österreicher und Österreicherinnen NEIN zur Atomenergie gesagt und so die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf verhindert. Bis zum Super-GAU von Tschernobyl 1986 wurde von den Atombetreibern mehrere Versuche gestartet, das AKW doch noch aufzusperren. Seitdem habe sie sich nicht offen getraut für AKWs in Österreich einzutreten. Dafür aber machen sich Wirtschaft, Politik und EU bis heute für den Um- Aus- und Neubau von AKW stark – auch mit österreichischen Steuergeldern. Ebenso wurde aus dem Atom-Nein keine Konsequenzen gezogen betreffend der Mitgliedschaft Österreichs in der internationalen Atomlobbyagentur IAEA (Internationale Atomenergie Agentur) und in der EU-Atombetreiberorganisation EURATOM. Beide Organisationen spielen sich als Hüter vor Atomgefahren auf, halten aber gleichzeitig die Kontrolle sowohl über die so genannte „zivile“ als auch über die militärische Atomnutzung in Händen. Die Herrschenden in Wirtschaft und Politik haben in Wirklichkeit bis heute das Atom-NEIN nicht akzeptiert und nutzen jede Gelegenheit – Stichwort Klimawandel – dazu, doch noch die Atomenergie zu propagieren.

EU-Beitritt + EURATOM

Nach einer bis dahin beispielelosen Druck- und Angstmakerkampagne wurde 1994 den Österreichern ein „Ja zur EU“ abgepresst. Verschwiegen wurde damals, dass Österreich mit dem Beitritt zur EU 1995 auch zur Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) beigetreten wurde.

Die Bevölkerung hat zwar per Volksentscheid die Nutzung der Atomenergie zur Stromerzeugung in Österreich abgelehnt und verhindert. Trotzdem zahlen wir mit unserem Steuergeld jährlich an die 100 Millionen Euro für die Mitgliedschaft bzw. für die AKW-Programme von EURATOM, IAEA

oder der EU-Banken EBRD (Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung / European Bank for Reconstruction and Development) und EIB

(Europäische Investitionsbank). Millionen, die in Österreich keine Arbeitsplätze geschaffen haben. Dieses Geld muss für die unter der Krise leidenden arbeitenden Menschen und für den echten Ausbau von erneuerbaren Energien verwendet werden. Alles andere ist undemokratisch!

Mit dem EU-Beitritt hat sich Österreich der Atomlobby erst recht ausgeliefert. Alles Entsetzen bei Atomunfällen oder gar im Zusammenhang mit Tschernobyl ist wieder der Profitmaximierung gewichen. In der EU gelten z. B. höhere Strahlengrenzwerte als früher in Österreich. Seit dem EU-Beitritt 1995 dient die EU als Vorwand, dass Österreich bei EURATOM bleiben müsse (was nicht stimmt), oder dass man ohne Gleichklang in der EU nichts gegen AKW machen könne. Dies führte zum Temelin-Debakel („Melker Prozess“) und zu der Lüge, dass so genannte EU-Sicherheitsstandards für AKW zu mehr Sicherheit führen würden. Oder zum Ausbau von Mochovce mit dem Schmah der „Umweltverträglichkeit“ und dass man ja diese bei der EU einfordern könne – also bei der EU, die gleichzeitig auf den AKW-Ausbau setzt.

Auf die IAEA nicht vergessen

Ähnlich verhält es sich mit der IAEA: Trotz ihres Atom-Neins zahlen die ÖsterreicherInnen für die internationale Atomindustrie. Auch die immer wieder unternommenen Versuche, Österreich ein Atommülllager aufzwingen zu wollen, zeigen, dass sich die Atomlobby eine Hintertür für AKW in Österreich offen halten will. Neben der ständigen Vertuschung von Atomunfällen der breiteren Öffentlichkeit verschwiegen, welcher Ballast für Generationen wegen des Atomgeschäftes für

einige Wenige sich noch vor uns auftrümt: 165.000 Tonnen radioaktiven Müll gibt es laut IAEA derzeit, in zehn Jahren sollen es schon 280.000 Tonnen sein!

Atom und EU-Vertrag

„Keine zivile und militärische Nutzung der Kernenergie“ durchzuführen, dazu hat sich die Republik Österreich 1999 auch per Verfassungsgesetz verpflichtet. Mit seiner Mitgliedschaft in EURATOM und IAEA sowie den Zahlungen für Atomforschung und AKW-Ausbau im Ausland, macht Österreich aber genau das Gegenteil: Es beteiligt sich am nuklearen militärisch-industriellen Komplex der EU.

Verstärkt wird dies noch durch den EU-Vertrag. Mit seiner Hilfe kann der EU-Rat nationales Recht, auch österreichisches Verfassungsrecht brechen. Mit ihm werden die Mitgliedstaaten unter dem Vorwand der „Friedenssicherung“ zur Aufrüstung verpflichtet. Der EU-Vertrag zieht uns in die zivilen und militärischen Atomvorhaben der EU hinein und gefährdet auch unsere Neutralität, die mehr als 80% der ÖsterreicherInnen erhalten sehen wollen. So genannte Schlachtruppen (battle groups) sollen auch in außereuropäischen „Krisengebieten“ eingesetzt werden. Österreich hat seine Beteiligung schon zugesagt (siehe eigener Artikel „Österreichs neue Sicherheitsdoktrin“).

Dem gegenüber steht die überwältigende, zwischen 85% und 90% liegende Ablehnung von AKW in Österreich durch die Bevölkerung. Fast 80% lehnen auch die Mitgliedschaft Österreichs in der EURATOM sowie Zahlungen für die Atomwirtschaft ab.

Breite Ablehnung in der Bevölkerung

Durch die Initiative und Aktivität von „atomstopp – atomkraftfrei leben“ haben zahlreiche Gemeinden, Organisationen und alle 9 Landtage Österreichs sich mit EURATOM und dem Ausstieg Österreichs aus der Europäischen Atomgemeinschaft beschäftigt und sind dafür, dass die SPÖ-ÖVP-Bundesregierung entsprechende Schritte setzt.

Jetzt wollen die Initiatoren über ein Volksbegehren (VB) eine Volksabstimmung (VA) über diese Frage erreichen. Wenn man weiß, dass ein Volksbegehren zwar durchgeführt werden darf, aber für die Parlamentsabgeordneten dann nicht verpflichtend ist (siehe z.B. das bis heute nicht umgesetzte Gentechnik-VB aus 1997), ist die Frage, ob so ein Weg für die Anti-AKW-Bewegung zielführend ist. Denn das Volk hat schon über AKW abgestimmt und ist überwältigend dagegen. Wenn jetzt Gemeinde- und Landespolitiker sich endlich auch dagegen aussprechen, dann sollen

sie nicht dabei stehen (sitzen) bleiben, sondern wirklich aktiv werden und das nicht wieder an Initiativen und die Zivilgesellschaft delegieren. Die Atomgegner haben etwa das Anfang der 1990er Jahre in Österreich geplante Atommülllager vorerst nicht dadurch verhindert, dass sie ein VB initiierten, das schlussendlich von den politischen Verantwortungsträgern auf den Sankt-Nimmerleinstag verschoben wird, sondern indem sie die Bürgermeister der betroffenen Gemeinden gemeinsam mit der Bevölkerung organisierten und zum aktiven Auftreten gegen die Bundesregierung unterstützten.

Wie oft sollen die Politiker noch den Auftrag der Bevölkerung bekommen ohne dann auch tatsächlich aktiv etwas zu tun, das Atom-Nein endlich umzusetzen? Wenn den Beschlüssen keine entsprechende aktive Umsetzung folgt, dann verfehlen die Gemeinderäte und Landtage, die Bürgermeister und Landeshauptleute nicht nur ihren politischen Auftrag, Vertreter der Bevölkerung zu sein, sondern decken auch auf, was ihre bezahlten Mandate Wert sind: viel Geld, aber wenig Demokratie.

Lassen wir uns nicht mit einem mühevollen und für die Menschen bürokratischen und abschreckenden Prozess (namentliche Registrierung) eines VB-Einleitung in eine Beschäftigungstherapie drängen, die den Gemeinde- und Landespolitikern wieder nur den Vorwand liefert nix selber machen zu müssen, sich auf die Nichts-Tuende Bundesregierung ausreden zu können, und die Atom- und Euratom-Ablehnung in der Bevölkerung (via VB-Registrierung und Eintragung) kleiner erscheinen lassen zu können als sie tatsächlich ist. Dann könnten sich die Politiker, die – besonders gerne vor Wahlen – schnell ein „Raus aus Euratom“ unterschreiben, erst recht wieder zurücklehnen und sagen, dass sind ja so wenige, da können wir nix machen. Oder: wir als Gemeinderäte oder Landestagsabgeordnete wollen ja eh, aber die Bundesregierung tut ja nix.

Dem können wir entgehen. Wie?

Im Gemeinderat oder im Landtag gegen Atom zu stimmen ist sehr gut, aber zu wenig. Was wäre mit einer Demonstration aller, die bislang für den EURATOM-Austritt sind, all jener Gemeinden, ihrer Bürgermeister und Gemeinderäte, all jener Landeshauptleute und Landtagsabgeordneten, all jener Organisationen, die dann die Bevölkerung informieren und zum aktiven Mitmachen aufrufen? Und dies auch praktisch organisieren und finanzieren, dass die Menschen zur einer entsprechenden Kundgebung nach Wien zur Bundesregierung kommen. Die bei der Atomlobby

eingesparten Millionen könnten dann z.B. den Ländern für Soziales zugute kommen.

Das ist direkte Demokratie – und nicht ein „Volksbegehren, das Parlamentsabgeordneten ad acta legen können.

**Österreich – raus aus EURATOM und IAEA!
Einstellung aller Zahlungen und Gelder für
AKW-Um-, Aus-, oder Neubau.**

**Im übrigen wäre die Kooperation Österreichs
mit anderen neutralen und atomfreien EU-
Staaten der beste Beitrag zu Frieden und
Atomfreiheit in Europa.**

Neue „Sicherheits“-Doktrin

Österreich: NATO-gestützt in die EU-Armee!

So ändern sich die Zeiten. Galt noch unter Kreisky, dass die Neutralität Österreichs und Österreich als Platz des Dialoges die Visitenkarte unseres Landes in der Welt sei, so sieht das der heutige ÖVP-Außenminister, Michael Spindelegger, anders: „Unsere Soldaten sind eine Visitenkarte Österreichs in der Welt.“ (Kurier, 3.4.10)

Erinnert sich noch jemand an das „Herumgeeiere“ um den EU-Vertrag (Lissabon-Vertrag). Der sei ganz unbedeutend für unsere Neutralität, hieß es. Alles bliebe so wie es ist, nur eben besser. So oder ähnlich lautete die EU-Werbung, die Begründung von Regierung bis Bundespräsident, den Vertrag keiner Volksabstimmung zu unterziehen. Wie so oft kommt das dicke Ende doch – allerdings leise und nicht vor Wahlen.

Außenminister Spindelegger leitet nämlich die Notwendigkeit der neuen Sicherheitsdoktrin u.a. aus dem „immer wichtiger werdenden Auslandengagement Österreichs und aus dem Lissabon-Vertrag ab: „Es gibt in der EU eine neue faktische Situation. Die Außen- und Sicherheitspolitik ist ein Schwerpunkt des Lissabon-Vertrages ... Die neue Doktrin geht weit über Verteidigung hinaus (!) „Dazu gehören die Außen- und die Nachbarschaftspolitik sowie die Auslandseinsätze des Bundesheeres. Dafür werden – was wir schon seit Jahren berichteten und bei vielen dafür belächelt bis beschimpft wurden - „so genannte *battle groups* (also Kampftruppen, Anm. d. Red.) aufgebaut, an denen auch Österreich mitarbeitet. Auch dem Vorschlag einer EU-Armee sollte sich Österreich nach Spindelegger nicht entziehen: „Für mich bleibt die Frage auf der Agenda. Dies Pläne müssen wir mitberücksichtigen und diskutieren.“ Zudem will der Außenminister unbedingt die NATO-„Partnerschaft für den Frieden“ (PfP) in der Sicherheitsdoktrin haben. Auch „über eine NATO-Mitgliedschaft will Spindelegger reden können.“ (Kurier, 3.4.10).

Bundesheer-Generalstabschef Edmund Entacher sagt im Zusammenhang mit der neuen österreichischen Sicherheitsdoktrin, dass „die

NATO der Werkzeugkasten ist, aus dem sich die EU bedient – inklusive jenes Beitrages, den die Nicht-Nato-Mitglieder der EU leisten.“ Die Neutralität bezeichnet er als „anlassbezogen“, also im Klartext nicht mehr als immerwährend und bei der kritisierten NATO-Nähe der österreichischen Sicherheitsdoktrin gehe es laut Entacher nur um „Fachbegriffe“. Auch die praktisch unter Ausschluss der Öffentlichkeit angestrebte Teilnahme Österreichs an einer EU-Raketenabwehr wird technisch begründet: „... Radarketten – zivile wie militärische – werden nach und nach zumindest kompatibel sein. Selbst wenn wir uns in nächster Zeit nicht in den Datenaustausch einklinken wollen, muss er vernünftigerweise technisch möglich sein.“ (alle Zitate: „Wiener Zeitung 13./14.3.10).

Nach Bundesheer-Streikräfte-Kommandant Günter Höfler „muss Österreich ab 2011 eine Infanterie-Einheit für die EU-Battle-Groups zur Verfügung stellen.“ „Ab 2012“, freut sich Höfler, „ist Österreich dann „Logistic Lead Nation“ einer EU-Battle-Group, also verantwortlich für die gesamte Logistik.“ Das mache auch Neuanschaffungen vom Militärgerät erforderlich. Sparen wegen der Krise? Nicht beim Kriegführen. Zwar sollen jetzt laut Minister Darabos alte Panzer eingemottet werden, doch für hochmodernes Aufrüsten wird dann ein Vielfaches an Steuergeld zur Verfügung gestellt. Denn, so Kommandant Höfler wörtlich: „Damit, dass die Battle-Groups in Zukunft nicht eingesetzt werden, darf man nicht rechnen.“ (alle Zitate: Profil Nr. 23, 7.6.10). Von wegen der EU-Vertrag berühre unsere Neutralität nicht!

Das alles passiert mit Zustimmung, ja unter politischer Kommandoführung von SP-Minister Darabos. Für VP-Außenminister Spindelegger ist auch das noch zu wenig und handle Minister Darabos zu lasch (Die Presse, 15.6.2010).

**„EU-Friedenspolitik“ bedeutet: Eine gefährliche
Drohung für die Sicherheit und Neutralität
unseres Landes! Österreichs Verantwortliche
ziehen unser Land wiederum in kriegerische
Konflikte an der Seite von Großmächten hinein.
Wohin das führt, hat Österreich schon in 2
Weltkriegen erlebt. JA zur Neutralität, NEIN zur
EU- und NATO-Kriegspolitik.**

Klimawandel für Atom

Nachdem die Atomlobby, besonders seit dem Super-GAU von Tschernobyl sich nicht offen für den weiteren Ausbau von AKWs einzutreten getraute, im Westen durch mangelnde Bauaufträge und durch Atom-Ausstiegszenarien (Italien, Schweden, Deutschland) kein Geschäft machen konnte, mit ihrem AKW-Geschäft in den Osten auswich, nimmt sie jetzt mit Hilfe der Politik den Klimawandel zum Anlass ihre Atomprofite weiter abzusichern. So wurde zuletzt in Italien der „AKW-Stopp“ und nun auch in Schweden der Atomausstieg rückgängig gemacht und in Deutschland wird über die Verlängerung von AKW-Laufzeiten heiß gestritten.

Und das, obwohl in allen Ländern die Ablehnung der Atomkraft verständlicherweise steigt. Gegenüber 1989 hat die EU um 22 AKW-Blöcke weniger in Betrieb. Von den weltweit derzeit 450 in Betrieb stehenden AKW kommen viele ins kritische Alter. Deshalb will die Atomindustrie eine Verlängerung der Laufzeiten der überalterten AKW-Anlagen erreichen und zusätzlich neue AKW bauen. Über 100 AKW zählen bereits mehr als 30 Betriebsjahre, was die Unfallgefahr enorm

steigert. Außerdem wird neben der ständigen Vertuschung von Atomunfällen der breiteren Öffentlichkeit verschwiegen, welcher Ballast für Generationen wegen des Atomgeschäftes für einige Wenige sich noch vor uns auftürmt: 165.000 Tonnen radioaktiven Müll gibt es derzeit, in zehn Jahren sollen es schon 280.000 Tonnen sein!

Unter dem Vorwand, den Klimawandel zu bekämpfen, wollen die Atomkonzerne mit Hilfe der Regierungen weltweit die Zahl der AKW in den nächsten 40 Jahren verdreifachen. Das berichtet eine Studie der Internationalen Energieagentur, der Lobbyorganisation der Energiekonzerne. Da dies weder billig noch ungefährlich wird, verlangt die IEA: „Daher sei es Aufgabe der Regierungen, einerseits langfristige Finanzierungsmodelle zu ermöglichen und andererseits der Öffentlichkeit die Vorteile der Atomkraft zu erklären.“ (Presse, 17.6.2010).

Das beweist, die Atommafia setzte und setzt für ihren Profit Gesundheit und Leben der Menschen aufs Spiel.

„Anti-AKW“-Politik auf österreichisch

Wein trinken und Wasser predigen

Solar-AKW Zwentendorf?

Stolz haben Landes-Pröll und EVN-Gen.Dir. Hofer am Areal des AKW Zwentendorf eine große Photovoltaikanlage für Forschungszwecke in Betrieb genommen und sich dabei feiern lassen. Gleichzeitig aber wurde das alte AKW nicht abgewrackt, sondern darin ein „weltweit einzigartiger Schulungsreaktor eingerichtet, der an deutsche Kraftwerkstechniker vermietet wird. Somit können strahlungsfrei Wartungs- und Montagearbeiten gefahrlos geübt werden“ (NÖN, Nr. 23/2010).

Hört, hört. Bei uns kann strahlungsfrei geübt werden, damit in anderen Ländern mehr weitergestrahlt werden kann und AKW-Laufzeiten verlängert werden können. AKW-Schützenhilfe aus dem „atomfreien“ Österreich – ganz und gar gegen den Sinn des österreichischen AKW-Nein-

Volksentscheids aus 1978.

Mochovce-Protest der Regierung?

Schon im Herbst hat die Wiener Umweltstadträtin Sima werbewirksam gegen Mochovce geworben – mit teurem Werbematerial, eine unverbindliche „Umweltprüfung“ propagiert – ohne Konsequenzen. Denn jetzt hat die Slowakei die „Umweltprüfung“ positiv abgeschlossen. Gleichzeitig mit dem Mochovce-„Protest“ von Sima und jetzt sogar von Bundeskanzler Faymann auf diplomatischer Ebene – reiben sich auch österreichische Zulieferer für das AKW Mochovce die Hände: nämlich der zu 43% der Raiffeisen-Uniqua-Gruppe gehörende Baukonzern STRABAG (Haselsteiner), dessen neuer Aufsichtsratspräsident gerade der Ex-SP-Bundeskanzler Gusenbauer geworden ist.

Steuermilliarden für weitere Profite des Finanzkapitals – massive Einsparungen bei den arbeitenden Menschen.

Dieses System verschlechtert immer mehr die Existenzbedingungen der Menschheit. Es bringt unvermeidbar schwere Krisen, Zerstörung der Umwelt, Unterdrückung und Krieg mit sich.

Verschuldung/ Spekulation

Griechenland ist bei weitem nicht das erste Opfer der Krise. Schon davor wurden mehrere Länder Osteuropas mit Milliarden vor dem Staatsbankrott bewahrt.

Die hohe Staatsverschuldung Griechenlands (und anderer südeuropäischer Länder und Irlands) hängt vor allem mit der wirtschaftlichen Schwäche dieser Länder gegenüber den größeren und stärkeren Industrienationen Europas zusammen, allen voran gegenüber dem Exportweltmeister Deutschland. Deutschland z.B. bildete schon 2009 mit fast allen EU-Mitgliedern Handelsüberschüsse aus. Griechenland steht bei deutschen Finanzinstituten mit 45 Milliarden Dollar in der Kreide, bei Frankreich im Übrigen mit 75 Milliarden Dollar!

Spanien z.B. hat bei deutschen Banken 240 Milliarden US-Dollar Schulden, Irland 193 Milliarden. In der Vor-Eurozeit war es für Staaten durch Abwertung ihrer Landeswährungen möglich die Waren zu verbilligen und damit ihre Exporte zu erhöhen. Damals war auch der Umfang der Spekulation noch nicht so groß.

Heute wird diese Verschuldung durch Spekulanten, die die Finanzkrise überhaupt erst ausgelöst haben, verstärkt. Die ungeheuren Kreditspekulationsgeschäfte auf eben diese Staatsschulden, jetzt auf die griechischen Staatsanleihen, bringen dem Finanzkapital hohe Gewinne, für diese dadurch noch anwachsenden Schulden sollen nun „die Griechen“ zahlen, d.h. wie immer das Volk.

Doch die Griechenlandkrise ist nur ein Symptom, die Spitze des Eisbergs!

In Wahrheit sind die Krisen, die wir sehen, von der Immobilienblase und der Bankenkrise

in den USA 2008 bis heute Ausdruck der immer weiteren Ausdehnung des Großkapitals, Bestrebungen des Finanzkapitals weltweit, seine Profite noch weiter zu erhöhen. Es ist das Zeichen, dass eine Handvoll Superreiche (1/10 Prozent) der Menschheit Milliarden von Dollars und Euros scheffeln, und zwar auf Kosten von

99% der 6 Milliarden Menschen auf dieser Welt, denen dies Inflation, Arbeitslosigkeit, Lohndruck, Preiserhöhungen u. Steuererhöhungen, Armut, Sozialabbau bis hin zum Ruinieren ihrer Existenz bringt.

Die Kapitalisten verteuern durch Spekulationen auf die wichtigsten agrarischen Rohstoffe wie z.B. Weizen und andere Waren, Rohstoffe wie Erdgas und Erdöl auch direkt diese Güter. Ein Experte beziffert den derzeitigen Spekulationsanteil am Ölpreis mit ca. 35% - 40% (St.Bukold in: EnergyComment, April 2010)

Das Finanzkapital als höchste und letzte Form des Kapitals - entstanden schon aus den ungeheueren Profiten der Realwirtschaft, also aus der Aneignung des Wertes der Arbeit der Menschen- kennt keine Schranken, keine Grenzen, es macht sich, wenn es kann, die ganze Welt zu eigen, es nimmt um des Profites Willen Krisen, Kriege, Arbeitslosigkeit und die Zerstörung der Umwelt, wie jetzt drastisch durch die Ölkatastrophe in den USA sichtbar, in Kauf.

Das sog. Rettungspaket für Griechenland, das seine Schulden nicht mehr zurückzahlen kann, schützt, so heißt es von Seiten der Politik u. Wirtschaft, den Euro, es schützt, wie es die deutsche Kanzlerin A. Merkel sagte, „das Geld der Menschen in Deutschland“ oder wie Finanzminister Pröll sagte, „die Milliarden an österreichischen Steuergeldern, (die hier, so wie bei den österreichischen Banken so großzügig ausgegeben wurden), sind im Interesse von Herrn und Frau Österreicher notwendig und sichern Arbeitsplätze.“Glaubt ihm das noch wer?

Gewinne für die Reichen/Verluste zahlt das Volk

Der Chef des deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (Ifo), Hans-Werner Sinn, sagte: Das 750 Milliarden Euro-Rettungspaket „helfe vor allem auch den Banken, die in Griechenland investiert hätten – also den Spekulanten. Diese hätten auf die Rettung gedrängt, weil der Wert der Wertpapierforderungen

gegenüber Schuldenländern weiter zu fallen drohte.“ (Presse: 21.5.2010) Und Kurier-Kommentator Peter Rabl schrieb u.a. über die Griechenlandhilfe: „...einmal mehr wurden viele europäische Banken aus höchst fahrlässig eingegangenen Risiken herausgeholt, ihre Gewinne und Boni sprudeln schon wieder, ihre neuerlich drohenden Verluste wurden einmal mehr den Staaten und ihren Bürgern aufgelastet.“ (Kurier 23.5.2010) Selbst der gerade zurückgetretene deutsche Bundespräsident Köhler, früher selbst Präsident des Internationalen Weltwährungsfonds (IWF), kritisiert nun den Finanzkapitalismus scharf, „der riesige Gewinne gemacht hat, die Verluste muss die Allgemeinheit tragen“.

Für das Finanzkapital, für die Finanzhaie, Anleger, Milliardäre, Banken, Konzerne ist die Spekulation auf Staatsanleihen ein sicheres Geschäft: Sie wetten z.B. darauf, dass die griechischen Staatsanleihen, ebenso wie Staatsanleihen anderer Staaten, weiter runter gehen. Und sie können fest damit rechnen, dass die Regierungen Milliarden an Steuergeldern aufwenden, um die Schulden abzudecken. Sie können davon ausgehen, dass die Regierungen letztlich ihre Agenten sind, die für sie, diese 1%, weiter ihr spekulatives Geschäft sichern, ja mit betreiben. Siebürden die Lasten, die Kosten der Masse der Bevölkerung auf, sie reduzieren weiterhin die Überlebensmittel ihres eigenen Volkes anstatt wirkliche Maßnahmen zur Reduzierung der Profite des Finanzkapitals durchzuführen!

Deregulierung

Seit den 1970er Jahren kam es schrittweise zur Deregulierung der US-Finanzmärkte, d.h. zu noch besseren Bedingungen für die Finanzspekulation. Ein neuer Höhepunkt dazu in den USA war das Jahr 1999! Damals, Amtszeit Clinton, wurde Finanzdienstleistungsmodernisierungsgesetz beschlossen. Einer der Hauptbetreiber des Gesetzes war Clintons Finanzminister Laurence Summers. Erst durch dieses Gesetz „konnten Handelsbanken, Brokerhäuser, Hedgefonds, institutionelle Investoren, Pensionsfonds und Versicherungsunternehmen sowohl frei in Geschäftsbereiche der jeweils anderen investieren als ihre finanzielle Operationen untereinander voll integrieren“. (Chossudovsky). Summers nannte dieses Gesetz die „legislative Grundlage des Finanzsystems des 21. Jahrhunderts.“ Mit diesem Gesetz wurde die Bankenkontrolle weitgehend abgeschafft. Laurence Summers ist nun Chef des Nationalen Wirtschaftsrates von Obama. Weiters ist er Berater bei Goldman Sachs und Direktor eines Hedgefonds.

1999 wurde ein anderes wichtiges Gesetz, das das Finanzkapital behinderte, aufgehoben, der „Glass-Steagall Act“. Dieses Gesetz schrieb eine strenge Trennung von Investmentbanken und Geschäfts/Handelsbanken vor, also Banken, die Kundengelder verwalten. Der Sinn war, dass damit die Spekulation mit Spareinlagen des kleinen Mannes verhindert wurde. Weiters untersagte es Insiderkredite von Banken an ihre Partner. Das Gesetz stammte aus der Weltwirtschaftskrise von 1933, die in den USA u.a. zu mehr als 5000 Bankenpleiten geführt hatte.

Seit 1999 waren nun die gesetzlichen Voraussetzungen für die ungehinderte Spekulation des Finanzkapitals besser als je zuvor. Seit damals nahmen auch die sog. Credit Default Swaps (CDS) massiv zu. Es sind Versicherungen auf Kreditrisiken, die zunehmend dazu verwendet wurden, auf Kreditausfälle zu spekulieren und zwar auch wenn der Käufer dieser Papiere keinerlei Ansprüche an das betreffende Unternehmen und auch keine diesbezüglichen Schuldverschreibung hat.

Ein Banker hat das Ganze einmal so beschrieben: „Es ist wie der Abschluss einer Feuerversicherung auf das Haus ihres Nachbarn.“ (F.W.Engdahl: „Die globale Krise“) D.h. es wird darauf spekuliert, dass das Haus abbrennt u. je mehr darauf spekuliert, d.h. gewettet wird, umso mehr Gewinn habe ich, wenn das Haus wirklich abbrennt!

Die CDS wurden und werden auch dafür verwendet, auf die Wahrscheinlichkeit des Bankrotts eines ganzen Landes zu wetten, wie z.B. vor einigen Jahren bei Argentinien. Das Volumen der CDS wurde schon 2008 auf über 60 Billionen Dollar geschätzt, die als sog. faule Kredite bei den Banken liegen.

Verantwortlich für die Aufhebung des Gesetzes, des oben erwähnten „Glass-Steagall Acts“ war 1999 Robert Rubin, auch Finanzminister unter Clinton. Er wurde dann Leiter der 2. größten US-Bank Citigroup. Sie war einer der Hauptbetreiber der Hypothekenkreditblase und der CDS-Versicherungen, die mit ein Auslöser für den Finanzcrash 2008 war. Die Bank Citigroup kam dann mit in die größte Pleite und wurde mit 100.ten Milliarden aus US-Steuergeldern gestützt. Rubin ist nun der wichtigste Wirtschaftsberater B. Obamas!

Obamas Finanzminister T. Geithner war in leitender Position beim Internationalen Währungsfonds (IWF) und dann Vorstandsvorsitzender der Zentralbank von New York, der einflussreichsten Privatbank von New York. Dort werden die Dollars gedruckt. Das heißt, dieselben Leute, die schon vor 10 Jahren und länger für das Finanzkapital führend tätig waren, wurden von Obama in seine Regierung geholt. Dazu schrieb schon 2008 die Finanzpresse (Bloomberg News 7.1.2008), diese Leute sollten nicht als Berater sondern als

Tatzeugen wegen der Finanzkrise vorgeladen werden.

Das Finanzkapital beherrscht die Welt

Doch das Finanzkapital diktiert die Politik. Oft sind seine Vertreter sogar gleichzeitig als Politiker und als Wirtschaftsmagnaten tätig oder sie wechseln nahtlos von einer Funktion in die andere.

US-Präsident Obama setzt natürlich nur die Politik der Absicherung der Herrschaft des Finanzkapitals nahtlos nach G.W.Bush fort. Dessen Finanzminister von 2006 – 2009 war H. M.Paulson. Vorher war er sieben Jahre Vorstandsvorsitzender von Goldman Sachs, eines der drei größten Bankhäuser der USA bzw. der Welt. Als Finanzminister unter Bush war er für das Bankrettungspaket von 700 Milliarden Dollar verantwortlich. In seinen Memoiren sagte er auf Kritik dazu, wenn die Regierung das Paket nicht beschlossen hätte: „...Investoren würden Abermilliarden Dollar verlieren!“ Er sprach offen aus, wofür das Geld der Steuerzahler da ist. Goldman Sachs ist jetzt sogar unter Beschuss der US-Finanzaufsichtsbehörde. Die Firma hat über Jahre Investoren Finanzprodukte (Schuldverschreibungen) verkauft, bei denen sie wusste, sie würden zu Verlusten führen. Gleichzeitig hat sie mit einem der größten US-Hedgefonds kooperiert, der auf das Sinken dieser Derivate spekulierte: Finanzbetrug, das ist das tägliche normale Business des Finanzkapitals.

Die Freiheit für die Expansion des Finanzkapitals zeigt sich auch daran, dass das Weltfinanzvermögen schon 2007 das Welt-Bruttoinlandsprodukt(BIP) um 350% überstieg, 1980 waren es erst 20%! Im Übrigen handeln 94% der 500 größten Unternehmen der Welt mit Derivaten, also mit den erwähnten spekulativen Finanzprodukten! Kein Wunder, da sind viel größere Profite zu machen! Das Handelsvolumen dieser Derivate macht heute allein an den Börsen das Vierzigfache des Welt-Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus, das sind 2,2 Billionen Dollar! Dazu kommen noch weitere Geschäfte mit Derivaten außerhalb der Börsen im Ausmaß von ca. 680 Billionen Dollar, das ist nochmals das Zwölfwache des Welt-BIPs.

Die Wirtschaftskrise 2008 mit der Lehmannpleite diente und dient nach Ansicht von Fachleuten dem US-Finanzkapital auch dazu, das europäischen Finanzkapital, d.h. die europäischen Banken und Aktiengruppen, die eine starke Konkurrenz für die USA sind, auf den Finanzmärkten zu schwächen.

Die drei größten globalen Finanzriesen, die US-Finanzinstitute Citigroup, JP Morgan Chase und Goldman Sachs haben 2008 nicht nur dem US-Steuerzahler mit Stimmung von Angst und Panik

mittels der Regierung 700 Milliarden aus der Tasche gezogen. Sie haben auch schon über längere Zeit die europäischen Banken mit hochriskanten Wertpapieren geködert.

Das hat u.a. im Anschluss an die Krise 2008 auch die Kurse größerer europäischer Unternehmen zum Sinken gebracht, sodass diese dann auf den Börsen von Investoren billiger zu erwerben waren.

Das Finanzkapital ist heilig

Seit der Griechenland-Krise folgt nun die europäische Zentralbank (EZB) dem Beispiel der US-Zentralbank, Anleihen der gefährdeten Staaten als Sicherheiten für Kredite zu akzeptieren und sogar selbst solche Anleihen zu kaufen. Damit lädt sie die Finanzkapitalisten zu noch mehr Spekulation ein. Diese können sich nun darauf verlassen, dass auch in Europa die Staatsbanken mit Steuermitteln durch ihre Rückkaufgarantie für die Anleihen deren Wert stabil halten, den sie sonst drastisch verlieren würden. Die Finanzhaie spekulieren nun auch mehr gegen Staatsanleihen von Spanien, Portugal aber auch Italien und zuletzt gegen das englischen Pfund! Sie treiben so die Zinsen für Kreditausfallsversicherungen (CDS) in die Höhe. Dann bewerten die Rating - Agenturen, die z.T. großen Investoren, wie z.B. Goldman Sachs gehören, die Bonität dieser Länder schlecht, und so sausen die Staatsanleihen in den Keller. Die betroffenen Länder kommen noch mehr in die Schuldenfalle bis hin zum drohenden Bankrott. Die Regierungen beschließen dann einschneidende Sparmaßnahmen auf Kosten der Bevölkerung! Passiert gerade in Spanien, Portugal, Griechenland und nun auch in England und das wird auch bei uns passieren, spätestens nach den Wahlen.

Spekulation wird wie ein Naturgesetz behandelt und das Finanzkapital ist heilig!

Das ist die Antwort der Politik: Die Bevölkerung soll zahlen!

Die österreichischen „Bankster“ erhoben neulich auf ihrer Tagung in Wien ein Riesengeheul wegen der geplanten Bankenabgabe von 0,1%. Das wäre eine von Großbanken zu bezahlende Sondersteuer, die, so heißt es, gar nicht wirklich spekulative Geschäfte betreffen würde. Selbst wenn das der Fall wäre, wäre das nicht mehr als ein Tropfen auf dem heißen Stein.

Sowohl in Europa als auch in den USA werden tiefer greifende Reformen, wie z.B. die erwähnte Trennung zwischen Geschäftsbanken u. Investmentbanken, auf Druck des Finanzkapitals nicht durchgeführt. So wird weiter mit den Einlagen des kleinen Sparers spekuliert u. die Banken werden dann wieder bei der nächsten Pleite mit Steuergeldern saniert.

Das Finanzkapital bleibt „frei“ von wirklichen Beschränkungen.

Die Welt wird durch die Profitwirtschaft ruiniert, bis sich die Menschen diesen „ganz normalen Wahnsinn“ des Kapitals nicht mehr bieten lassen. Es wäre ja nicht so schwer: Wetten rund um Staatspleiten ließen sich verbieten. Weiters wäre es sehr wirksam, bei der Eigenkapitalquote der Banken anzusetzen: Diese soll zwar jetzt etwas erhöht werden, im Gespräch ist eine Anhebung um 50% des derzeitigen Wertes. In Österreich hieße dies von den derzeitigen 4% auf 6%. Das heißt, dass dann eine Bank, wenn sie z.B. 100 Millionen hat, „nur mehr“ 1500 Millionen herborgelassen darf! Während also die Banken sozusagen Narrenfreiheit haben und fast nur mit Fremdkapital arbeiten, sind bei normalen Unternehmen und erst Recht bei den kleinen Häuselbauern in Österreich mindestens 30% bis 40% Eigenkapital üblich, sonst erhalten sie auch keine Kredite! Würde den Banken eine Eigenkapitalquote von z.B. 80 % vorgeschrieben, würde sich die Spekulation aufhören!

Doch wenn es um Regeln, Gesetze zur Beschränkung des Finanzkapitals geht, dann heißt es, das ist alles ungeheuer schwierig oder nicht möglich bzw. dies würde die Wirtschaft in Gefahr bringen und damit die Arbeitsplätze!

Wenn es jedoch um Gesetze zur Belastung der Bevölkerung geht, dann werden diese ganz schnell beschlossen, wie z.B. bei den Milliarden für das Bankenpaket. Das Finanzkapital hat durch seine immer größere Ausdehnung, durch seine Milliarden Spekulation in den letzten

10 – 15 Jahren nur einer kleinen Schicht Superreicher noch mehr Reichtum gebracht, der Masse der Menschen brachte es das Gegenteil:

Nicht Arbeitsplätze, sondern Vernichtung von 100 000en Arbeitsplätzen.

Nicht mehr Wohlstand, sondern mehr Armut.

Nicht Sicherheit, sondern Unsicherheit, sowohl beim Job als auch bei allen anderen Lebens-u.

Arbeitsbedingungen (z.B. durch Sozialabbau/ Pensionsabbau/Preistreiberi/höhere Steuern..)

Der Lebensstandard der Österreicher ist seit dem Euro gesunken!!!!

Wir brauchen weder eine Börse, wir brauchen auch keine Aktienspekulation, das nützt nur der kleinen Minderheit von Reichen!

Bezüglich der Schulden der Staaten bei den Banken und beim IWF lässt sich feststellen:

Schon viele Länder, allerdings in der Nachkriegszeit nur Länder außerhalb

Europas, konnten irgendwann ihre riesigen Schulden bei IWF, Weltbank bzw.

bei großen ausländischen Banken nicht mehr zahlen und stellten ihre Zahlungen ein. Z.T. haben sie die Kontrakte mit dem internationalen Finanzkapital gekappt und einen selbstständigeren, nationalen Kurs verfolgt. Diesen Ländern ging es damit nicht schlecht.

Die Krise auf den Finanzmärkten, der Wirtschaftseinbruch, die Krise der Staatsfinanzen, die Verschuldung, all dies ging mehr oder weniger von den USA aus und dort ist auch der Brennpunkt der Krisenentwicklung. Die Supermacht USA hat heute 390% Gesamtverschuldung des Bruttosozialprodukts! Die USA hat einen Schuldenberg von 49000 Billionen US-Dollar angehäuft und sie gerät wirtschaftlich gegen über Europa und China zunehmend ins Hintertreffen. Der Ausweg der Supermacht USA ist der Krieg! Sie setzt immer mehr auf die militärische Karte. Sie führt Kriege überall auf der Welt, wo es was zu holen gibt, wie Erdöl, Erdgas oder sonstige Bodenschätze bzw. sie zettelt Stellvertreterkriege an, um ihren Einfluss auszubauen, um die Herrschaft über die Welt zu erringen.

In der Konkurrenz zu den USA setzen zunehmend die EU-Länder mit der EU-Armee und Aufrüstung auf die gleiche Karte!

Die Reichen werden noch reicher, die Bevölkerung zahlt die Rechnung.

Heute will man uns einreden, dass kein Geld, keine Mittel da wären, sodass alle Menschen ihr Auslangen fänden. Doch das stimmt nicht! Es ist längst genug für alle da. Es ist nur ungerecht verteilt!

In ganz Europa will man uns weismachen, dass wir alle, insbesondere die Griechen, „über unsere Verhältnisse gelebt hätten. Welch ein Hohn für die Masse der Menschen in Europa!

Griechenland hat das 2.niedrigste Lohnniveau in der EU, ein monatliches Durchschnittseinkommen von 700.-€ - 1000.-€ und ein Fünftel der 11 Millionen Griechen lebt unter der Armutsgrenze. Und Österreich hat heuer die höchste Arbeitslosenrate seit vielen Jahren. Das heißt, „die (Lebens) Verhältnisse der Masse der Menschen werden schlechter!

Jedoch erhielten z.B. Österreichs Banken schon letztes Jahr 10 Milliarden Euro an Steuergeldern, die Hypo Alpe Adria Bank z.B. 1,5 Milliarden. Nun sagt der Chef dieser Bank, dass weitere Problemkredite der Bank in der Höhe von 8 Milliarden ausfallgefährdet sind. Bald wird der Finanzminister der „notleidenden Bank“ wieder mit unseren Geldern unter die Arme greifen. Des Bankchefs weitere Pläne: Personalabbau von 8000 auf 5000, Schließung verschiedener Institute. Ziel sei es, die Bank in drei bis fünf Jahren zu verkaufen, geplanter Kaufpreis 1,5 Milliarden €, genau so viel, wie wir als Steuerzahler ungefragt bis jetzt bezahlt haben. D.h., die Regierung sorgt dafür, dass auf Kosten des Steuerzahlers die

Aktionäre der Banken weiter „in besonders guten Verhältnissen“ leben.

Eine der Wurzeln der Wirtschafts- u. Finanzkrise ist die immer weitere Schere zwischen den sinkenden Einkommen vor allem der unselbstständig Erwerbstätigen und dem ungeheuren Anstieg der Vermögen einer kleinen Schicht Reicher und Superreicher.

Die globalen Vermögenswerte haben im Vorjahr um 11,5 % auf 92 Billionen € zugenommen.

Vor allem in den USA, aber auch in Deutschland und Österreich kam es dagegen im letzten Jahrzehnt zu niedrigen Löhnen und stagnierenden Realeinkommen. In Deutschland z.B. sind die Löhne zwischen 2000 u. 2008 sogar um 0,8% gesunken.

In Österreich hat sich seit dem EU Beitritt 1995 z.B. der Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Bruttosozialprodukt von 62% auf 55 % 2008 reduziert. Die Gewinneinkommen sind in dieser Zeit umgekehrt von 38% auf 45 % gestiegen. Die Gewinne der Betriebe und Unternehmen plus Selbstständigeneinkommen hingegen haben in Österreich von 1995 bis 2008 um ca. 100 Milliarden zugenommen. Davon entfielen 70% auf die großen Konzerne bzw. sonstige große Kapitalgesellschaften. In der gleichen Zeit betrug die Lohn- und Gehaltsverluste der Arbeiter und Angestellten auch knapp hundert Milliarden Euro. Die Gewinnausschüttungen der Aktionäre haben sich im selben Zeitraum sogar verfünffacht. (Beigewurm –Attac Mythen der Krise)

Die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten in Österreich sind seit dem Jahr 2000 real um 10% gesunken. Das bedeutet auch einen Rückgang

des Lohnanteils am Volkseinkommen. Die Lohnquote in Österreich hat sich in den letzten Jahren stetig verringert, besonders stark seit dem Jahr 2000. (2000 noch 61%, des gesamten Volkseinkommens, 2008 nur noch 56%) D.h. dass die Umverteilung des Geldvermögens auch in Österreich in den letzten 10 Jahren noch stärker zugunsten der Reichen und Superreichen erfolgt ist. Heute besitzen 0,1 % der Österreicher mehr als 8% des Brutto-Geldvermögens, das ist genauso viel wie die gesamte untere Hälfte der Haushalte. Die obersten 10% besitzen heute 54% des Geldvermögens!

Die Zahl der Millionäre in Österreich erhöhte sich im Vorjahr von 35000 auf 39000, ihr Vermögen stieg um über 10% auf 550 Milliarden €. Das Volk jedoch zahlt! 73% aller Steuereinnahmen kommen aus Lohnsteuer und Mehrwertsteuer!

Je schrankenloser, je freier das Finanzkapital auf der Welt schalten kann, umso schlechter geht es der großen Mehrheit der Menschen!

Das System des Kapitalismus birgt einen unlösbaren Widerspruch in sich :

Jeder Unternehmer zahlt seinen Mitarbeitern so wenig wie möglich und wünscht sich gleichzeitig, dass die Menschen genug Geld haben, um sich all das Zeug kaufen zu können, damit der Absatz und damit der Profit der Unternehmer immer weiter steigt.

Diese ökonomische Krise fördert ewig die Konkurrenz zwischen den großen Kapitalgruppen. Um die Profite zu sichern und auszubauen, verschärfen sich die Bestrebungen, Macht, Einflussphären, Rohstoffquellen zunehmend militärisch zu erringen.

Gewerkschafter gegen Atomenergie und Krieg, Stifftg. 8 1070 Wien

Ölpest = Profitpest

Am 20. April explodiert die Bohrinsel "Deepwater Horizon" der Betreiber Halliburton, Transocean und BP im Golf von Mexiko und löste die schwerste Ölpest in der US-Geschichte aus. Bei dem Unglück starben unmittelbar elf Menschen. Wie viele Tiere an den Küsten und unter Wasser noch umkommen und wie viele Menschen in der Folge Gesundheitsschäden erleiden werden, welche Auswirkungen das auf das Leben der Menschen (z.B. Fischerei und Landwirtschaft, Qualität der Lebensmittel usw.) haben wird, kann noch gar nicht abgeschätzt werden.

Anfänglich hieß es von BP, dass täglich 136

Tonnen Öl austreten. Ende Juni liegen die Schätzungen bei bis zu 16 Millionen Liter (ca. 14.000 Tonnen) täglich. Wie viel es wirklich ist, weiß bis dato niemand. Manche gehen davon aus, dass die im Untersee-Erdölfeld geschätzten 7 Milliarden Liter (ca. 6 Millionen Tonnen) zur Gänze austreten könnten, was bis zu vier Jahre dauern könnte.

Sicherheitsempfehlungen ignoriert

Bereits drei Wochen nach Beginn der Bohrungen im Oktober 2009 haben BP-Techniker festgestellt,

dass in 4.000 Metern Tiefe unerwartet Gas vom Gestein in die Bohrung drang. Nachdem eine Mess-Sonde im Bohrloch steckenblieb und dann im geneigten Winkel bis auf 5.600 Meter weiter gebohrt wurde, nahm BP bewusst unzureichende Rohrabdichtungen in Kauf und verzichtete aus Kostengründen auf den zeitintensiven Einsatz einer Zement-Sonde des Ölfeld-Dienstleisters Schlumberger.

Risiken bewusst in Kauf genommen

"Der Erfolgs- und Kostendruck war immens", sagt der Erdöl-Experte Paul Fink gegenüber der Nachrichtenagentur presstext. "Der BP-Konzern hat für die Bohranlage eine Tagesmiete von fast einer halben Mio. Dollar an Transocean gezahlt, mit Nebenkosten sogar eine Mio. Dollar pro Tag", sagt Fink, Vorstandsmitglied des Öl- und Gasexplorationsriesen AuDAX Resources. BP hat Gefahren bewusst in Kauf genommen, Mitarbeiter unter Druck gesetzt und das Risiko unterschätzt. Laut Kapitel 2.7 der Bohrpläne hielten die Techniker eine Eruption sogar für unmöglich.

Beim Zementieren des Bohrlochs stieß Halliburton unerwartet auf schwierige Bedingungen und empfahl BP nachzubessern, um die Abdichtung durch den Zement sicherzustellen. Trotz Sicherheitsbedenken hat BP auch diese Empfehlungen in den Wind geschlagen. Statt der empfohlenen 21 Zentrierungs-Tools installierte das BP-Bohrteam nur sechs Stück. Laut Fink operierte der Ölmulti damit "hart am Limit".

Zudem hätten die Verantwortlichen auch Erdgas am tiefsten Punkt übersehen. Dieser Arbeitsschritt hätte etwa zwölf Stunden - oder eine halbe Mio. Dollar mehr - gedauert. Laut dem Bohrbericht beendete BP den Vorgang am 19. April aber bereits nach 30 Minuten. So wurde Gas am tiefsten Punkt der Bohrung übersehen. Obwohl noch keine offiziellen Untersuchungsergebnisse vorliegen, hält Fink den enormen Zeit- und Kostendruck bei allen Beteiligten, der das bewusste Eingehen von Risiken scheinbar rechtfertigte, als Hauptgrund für die Katastrophe.

Denn als Anschluss zu den benachbarten Feldern war der Erdölfund namens "Macando" äußerst lukrativ. Außerdem hatte BP wahrscheinlich den Ehrgeiz, die Vormachtstellung im Golf von Mexiko

gegenüber Rivalen wie Exxon Mobil zu verteidigen. Fink im presstext-Gespräch: "BP operiert dort seit 15 Jahren äußerst aggressiv und hält Explorationslizenzen wie kein zweiter Ölförderer. Allein aus den Feldern, die BP dort betreibt, werden täglich 400.000 Barrel Öl produziert - mit Partnern sogar noch mehr."

Laut einem Bericht der zwei US-Abgeordneten Henry Waxman und Mark Stupek wurde viele Signale nicht ernst genommen, gab es beunruhigende Messergebnisse, zahlreiche Probleme und Warnsignale bis kurz vor der Explosion, die allesamt ignoriert wurden.

Ignoriert wurde von BP auch die vorgesehene Umweltprüfung durch die zuständige US-Behörde NOAA. Außerdem seien Wissenschaftler gezwungen worden, Umweltbedrohungen nicht als solche in ihre Untersuchungsergebnisse zu schreiben.

Nichts dazu gelernt

Die größte Ölpest der amerikanischen Geschichte scheint in der Ölindustrie kein Umdenken bewirkt zu haben: Der brasilianische Ölkonzern Petrobras möchte ein riesiges Ölfeld vor der Küste Brasiliens erschließen - trotz technisch schwieriger Voraussetzungen
(*Quellen: presstext/pte, 10.06.2010; New York Times; Kronenzeitung; Kurier; Presse; Standard; www.boerse-online.de*).

Wie weiter?

Das alles zeigt deutlich, wer wirklich regiert: die Konzerne. Selbst der „mächtigste Mann der Erde“, wie der US-Präsidenten gerne tituliert wird, reagiert trotz katastrophaler Auswirkungen auf die Menschen den Konzernen gegenüber handzahn und greift ihnen nicht wirklich ins Ruder. Die von BP geforderten Schadensersatzzahlungen sind ein Tropfen auf dem heißen Stein. Eine andere, an den Interessen der Menschen orientierte Non-Profit-Politik ist nötig. Das geht nur gegen die Konzerne und nicht mit ihnen. Wenn die Politik mit Unterstützung der Menschen nicht die Konzerne enteignet, dann werden die Menschen ihrer Gesundheit und Lebensgrundlagen und letztlich ihres Lebens durch die Konzerne enteignet. Was wollen wir?

Profitgier privater Profisamariter

Nach dem Willen der Tiroler Landesregierung werden die 4.500 ehrenamtlichen Helfer des Roten Kreuzes im „Heiligen Land Tirol“ bald in „Pension“ geschickt. Von Tirol aus scheint das Ende des Zeitalters der freiwilligen Dienste in Österreich eingeläutet zu werden. Der Grund liegt einerseits in der vom Land per Gesetz geforderten Professionalisierung: in jedem Wagen der künftig ausrückt, muss ein Notfallsanitäter mitfahren. Dieser braucht eine 1.400stündige Ausbildung – von einem Freiwilligen nebenberuflich nicht zu schaffen. Jeder Wagen muss mit moderner Technik ausgestattet sein. So die Vorgaben des Landes. Das klingt im Sinne einer guten Versorgung nicht schlecht. Dadurch ist aber die auf der anderen Seite vom Land Tirol geforderte Kostensenkung für das Rettungswesen in Tirol von 34 auf 27 Millionen Euro nicht zu erreichen, wie die Berechnungen der Bewerber zeigen werden.

Entgegen der Tradition setzte sich die Landesregierung nicht mit den Funktionären des de facto Monopolisten „Rotes Kreuz“ an einen Tisch, diese waren gewissen Einflüsterern des maßgeblichen Gesundheitslandesrates Tilg zu stark geworden. Man wollte den Einfluss des Roten Kreuzes zurückdrängen. Ergebnis war eine europaweite Ausschreibung für „bodengebundenes Rettungswesen“ in Tirol. Dazu wurde sogar ein eigenes Gesetz geschaffen, um nicht nur österreichische Bewerber berücksichtigen zu müssen. Jetzt hat man in Tirol den „Scherm“ auf, weil aufgrund der erhöhten Anforderungen die Angebote in astronomischen Höhen liegen. Rotes Kreuz: 90 Mill.; eine dänische Gesellschaft, die Falck-Gruppe: 55 Mill. Derartige Berechnungsunterschiede ergeben sich vermutlich auch dadurch, dass das Rote Kreuz 45 Ortsstellen in ganz Tirol zu versorgen hat. Im Gegensatz dazu würde, wenn die dänische Firma den Zuschlag erhält, die Struktur des Roten Kreuzes in Tirol praktisch zerschlagen: Von den Ortsstellen des Roten Kreuzes könnte nur die Zentrale in Innsbruck übrigbleiben. In der Ausschreibung des Rettungsdienstes, die von dem privaten Dienstleister Falck gewonnen wurde, sind diese Ortsstellen nicht mehr erwähnt. Dort ist nur die Rede von Bereitstellungsräumen. Von wo aus der Wagen in Richtung Einsatzort ausrückt, ist nicht festgelegt. Der Standort kann eine Autobahntankstelle oder ein Parkplatz im Nirgendwo sein. Die Bereitschafts-Samariter schlafen dann vermutlich im Auto, während sie beim Roten Kreuz in den Ortsstellen in sicheren Räumen untergebracht sind. Solche Strukturen

kennen wir von den Paketdiensten zur Genüge, wo gering bezahlte Arbeitskräfte unter hohem Stress ihre Pakete an den Kunden zu bringen haben. Wie so ein System einen Rettungsdienst mit menschlichem Gesicht organisieren soll, ist fraglich. Es geht ja nicht nur um Tirol. Wenn dort die freiwilligen Helfer ausgeschaltet werden und das Rote Kreuz Tirol seine Arbeit nicht mehr tun kann, sind auch die anderen Bundesländer davon beeinträchtigt. Das ganze Freiwilligensystem kann dann wie ein Kartenhaus zusammenfallen. Und ist die Freiwilligenstruktur einmal zerstört, kann sie nie wieder aufgebaut werden, so ein Spitzenfunktionär des Tiroler Roten Kreuzes. Und weiter: Es gilt das Land vor den dänischen Eindringlingen, die eiskalte, nur auf Profit ausgerichtete Profis sind, zu bewahren. Dagegen die Falck-Gruppe: „Wir haben keine Angst vor Konkurrenz! Seit Anfang der 1990er Jahre nehmen wir an solchen Bieterverfahren teil.“ Österreich sei für die Profisamariter ein lukrativer Zukunftsmarkt. „Ob wir in Tirol den Zuschlag erhalten oder nicht, wir sind gekommen, um zu bleiben“, so Falck. Schließlich habe man hier noch viel vor. Neben Ambulanzservice, Flugrettung und Pannendienst haben die Dänen auch Brandbekämpfung im Angebot. Bei der Ausschreibung der Tiroler und Salzburger Flugrettung diesen Sommer wird sich ein Partner von Falck bewerben.

In Tirol steht die Landesregierung mit dem Rücken zur Wand. Man versucht zurückzurudern und verweist auf das Ausstiegsszenario aus der Ausschreibung: Wenn das billigste Angebot eine bestimmte, bei einem Notar bekannt gegebene Summe übersteigt, könne das Land das Verfahren stoppen. Aber so einfach geht das nicht. Eine Klage von Falck wäre die Folge und die europäischen Wettbewerbshüter würden auf den Plan treten. Eine ähnliche Klage gegen Deutschland von privaten Dienstleistern weil sich die Kommunen und Länder dort weigerten, Rettungsaufträge wie herkömmliche Dienstleistungen auszuschreiben, wurde vom Europäischen Gerichtshof klar als Verstoß gegen die Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit deklariert. Das Urteil steht noch aus.

Die Gefahr, dass sinnvoller ehrenamtlicher Einsatz für Andere zu einem profitorientierten Unternehmen umfunktioniert wird ist sehr groß, nicht nur in Tirol. Statt auf die Idee zu kommen, den Rotkreuz-Helfern etwas zu bezahlen wirft man das Geld privaten Profisamaritern in den Rachen.

Quelle: DIE ZEIT

Frankreich Atom-Test

Bei den insgesamt 210 Atomtests, die Frankreich ab den 1950er Jahren bis 1996 durchgeführt hatte (im Pazifik, aber auch in Algerien), sind 150.000

Soldaten und Zivilisten radioaktiver Strahlung ausgesetzt gewesen.

DAS LETZTE I

„Derivate sind Massenvernichtungswaffen“ (US-Milliardär Waffen Buffet, Ö1 Radiokolleg, 1.2.2010)

DAS LETZTE II

Brief vom Stromlieferanten

Licht aus?

Echt konsumentenfreundlich

Fluch der Liberalisierung

„Wenn Sie mit den neuen Bedingungen einverstanden sind, brauchen Sie nichts zu tun. Sie gelten dann automatisch ab 1. 4. 2010- Wien Energie Stromnetz wird Sie weiterhin sicher und zuverlässig mit Strom versorgen. Sind Sie damit nicht einverstanden, haben Sie die Möglichkeit, bis 5. 3, 2010 schriftlich zu widersprechen. Aufgrund rechtlicher Bestimmungen ist es notwendig, Sie bereits jetzt darauf hinzuweisen, dass wir im Fall Ihres Widerspruchs den bisherigen Netznutzungsvertrag mit 30. 4. 2010 für beendet erklären müssen. Ohne bestehenden Netznutzungsvertrag mit Wien Energie Stromnetz können Sie jedoch keinen Strom von Ihrem Energielieferanten beziehen.“

Solche oder ähnliche Briefe haben Stromkunden im Frühjahr von Ihren jeweiligen Lieferanten (z. B. Verbund usw.) erhalten – oder stehen Ihnen noch bevor. Echt „liberal“ – für die Stromkonzerne! Diese nehmen sich die Freiheit, bei Widerspruch einfach den Schalter umzulegen. Licht aus bei Widerrede. Wo bleibt da die E-Control?

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Leser und Freunde!

Wir danken für die Zusendungen und Spenden, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache benötigen: Auftreten gegen Wirtschaftskrise, Krieg und Militarisierung, Atomrüstung, AKW-Bau und Klimawandel. Nur gemeinsam können wir für eine bessere Zukunft arbeiten.

*Mit kollegialen Grüßen,
"GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg"*

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. P.b.b. **Verlagspostamt 1070 Wien, Erscheinungsort Wien.** DVR: 0649228; „Sponsoringpost“ **GZ02Z030950 S – ZVR 100322133**

Spendenkonto bei der PSK 73.055.305 – Bankleitzahl 60.000 - Bei Einzahlungen mit Erlagschein/Überweisungen bitte wie folgt ausfüllen: Unter Kontonummer EmpfängerIn: 73 055 305, unter EmpfängerIn: PSK, W. Leisch, und unter Verwendungszweck: Gew. gg. Atomenergie.

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift "Gewerkschafter gegen Atomenergie" ist zu 100 Prozent der gleichnamige Verein, Stiftgasse 8, 1070 Wien. Vorstand: W. Leisch, H. Schriffel, H. Tschida,

Kontaktadresse: Stiftgasse 8, 1070 Wien. E-mail: ggae@gmx.at Homepage: www.atomgegner.at